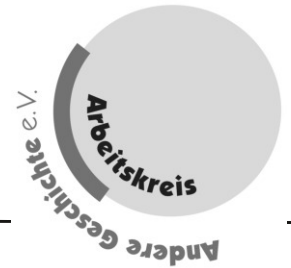


Rundbrief 2/2020

November 2020



Liebe Mitglieder des
Arbeitskreises,
liebe Freundinnen und Freunde,

gern hätte ich Sie zusammen mit den Vorstandskolleg_innen und den Mitarbeiter_innen des Arbeitskreises persönlich bei unserer jährlichen Mitgliederversammlung in der Gedenkstätte Schillstrasse begrüßt. Dieses ist leider aufgrund der Einschränkungen der Corona-Pandemie nicht möglich. Wir werden diese Mitgliederversammlung sobald es geht einberufen.

Geschichtsarbeit, insbesondere als Verein, der eine Gedenkstätte betreut, muss in der heutigen Zeit neben der fachlichen und pädagogischen Arbeit zunehmend politisch sein: es ist wichtig, eine klare und entschiedene Haltung gegen rechte Tendenzen und für eine demokratische und plurale Gesellschaft zu zeigen und Zeichen zu setzen, aber immer auf friedliche Weise. Daher habe ich mich sehr gefreut, dass die Gedenkstätte Schillstrasse als Erinnerungs- und Protestort gegen Rechts in Braunschweig präsent ist (siehe Seite 11).

Auch in diesem Jahr haben Mitglieder und Mitarbeiter_innen sich für den Verein und für die Gedenkstätte engagiert und tolle Projekte durchgeführt und gestartet. Über die vielen Aktivitäten können Sie auf den folgenden Seiten lesen. Euch und Ihnen danke ich sehr herzlich für diese Mitarbeit und Unterstützung!

Dieses Engagement wird auch 2021 fortgeführt werden. So sind wir gerade in Überlegungen und Abstimmungen mit der Stadt Braun-
Fortsetzung nächste Seite

*"Wir haben vollbracht, was wir
dem Helden schuldig waren".*

Das Schill-Denkmal Teil 1: 1837-1909

*„Empfange denn, du deutsche Erde,
über welche ich einst in einer Stunde
der heiligsten Begeisterung den Segen
der Religion ausgesprochen,
empfange jetzt des braven Schill
ruhmwürdiges Heldenhaupt. Der Name
dieses tapferen Kriegers wird
ewig im Tempel der Geschichte
strahlen, ewig im liebenden Herzen
des dankbaren Volkes leben.“*

Pastor Fink sparte nicht mit Pathos, als er 1837 die Predigt zur Beisetzung des Kopfes von Ferdinand von Schill im Braunschweiger Schill-Denkmal hielt. Tatsächlich war dem Braunschweiger Schriftsteller und gewieften Strippenzieher Friedrich von Vechelde zuvor ein Coup gelungen: Ohne dass sich Braunschweig besonders für diese „Ehre“ qualifiziert hätte – andere Orte hätten weit näher gelegen, vor allem Stralsund, vielleicht sogar noch Wessel –, gelangte der Kopf hierher. Grund hierfür war ein Zufall: Zu dieser Zeit arbeitete ein Ex-Braunschweiger und Bekannter von Vecheldes an der Universität Leyden, wo der Kopf zunächst ausgestellt wurde und später dann im Magazin verschwand, nachdem er Schill nach seinem Tod in Stralsund 1809 vom Rumpf abgetrennt worden war, um ihn König Jérôme als Beleg dafür zukommen zu lassen, dass Schill

(auf den er ein hohes Kopfgeld ausgesetzt hatte) tot sei.

Schills „Erhebung“ ist schon vielfach geschildert worden: Seit seiner Verteidigung Colbergs gegen die napoleonische Armee 1807 war Schill ein populärer Major; als solcher konnte oder wollte er sich 1809 nicht damit abfinden, dass der preußische König untätig dabei zusah, wie Napoleon seine Herrschaft in Europa und vor allem auf dem Gebiet ehemaliger deutscher Kleinstaaten ausbreitete. Als Angriffspunkt wählte er das Königreich Westphalen, das Napoleons Bruder Jérôme unterstand, unter Aushebungen für die Kriege Napoleons zu leiden hatte und darüber hinaus noch chronisch pleite war, da Napoleon einen Großteil des Domänenbesitzes – eigentlich Haupteinnahmequelle des Staates – als Pfründe für verdiente Militärs verschenkte. Diesem 1807 von Napoleon ins Leben gerufenen staatlichen Gebilde gehörten gänzlich unterschiedliche Landesteile an, unter anderem auch das ehemalige Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel. Der Regierungssitz war in Kassel.

Schill ging davon aus, dass es ihm wegen dieser Bedrückungen gelin-



Lithographie einer Zeichnung von Heinrich Brandes, 1837 (Städt. Museum Braunschweig)

gen würde, ausreichend Soldaten davon überzeugen zu können, sich gegen Jérôme zu erheben – ein Plan, der nicht aufging. Zum einen sicher, weil zu viele nicht darauf vertrauen wollten, etwas gegen die durch Napoleon abgesicherte Herrschaft des Bruders unternehmen zu können. Zum anderen aber auch deshalb, weil die Idee des Modellstaats, als den Napoleon das Königreich Westphalen gedacht hatte, nicht nur eine Maskerade für die eigenen Herrschaftsgelüste blieb, sondern tatsächlich auch Reformen bedingte, die bei vielen nicht unbeliebt waren: die Einführung der ersten Verfassung auf deutschem

Fortsetzung von Seite 1

schweig, wie wir den 27. Januar begehen werden. Wichtig ist uns, mit einer möglichst breiten und sichtbaren gesellschaftlichen Beteiligung an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern.

Ich wünsche uns allen frohe und friedvolle Weihnachten, vor allem Gesundheit!

Eure / Ihre

Martina Staats

Boden, die Abschaffung von Privilegien des Adels, die rechtliche Gleichstellung der Juden etc.

Mit wenigen Soldaten, mit denen Schill wie zu einem Manöver aus Berlin ausgeritten war (es ist bis heute nicht klar, ob nicht zumindest Königin Luise in den Plan eingeweiht war und diesen guthieß), machte er sich auf den Weg gen Westen und befließigte sich Guerillataktiken, womit er auch eine Zeitlang recht erfolgreich war. Bald schon musste er nach den ersten Scharmützeln in Dessau und Dörfendorf bei Magdeburg nach Norden abdrehen und schließlich kam es in Stralsund zur entscheidenden Schlacht, in der Schill den Tod fand. Die überlebenden Soldaten und Offiziere wurden gefangengenommen und nach Westen gebracht – mit dem Ziel, sie bei den weiteren Kriegen Napoleons auf Galeeren einzusetzen. Auf diesem Weg machten sie Station in Braunschweig, der Hauptstadt des westphälischen Okerdepartments. Hier wurden 14 Soldaten ausgewählt – Staatsbürger Westphalens –, die vor den Toren der Stadt erschossen wurden und die man in den Sandkuhlen des Domänenpächters Oppermann verscharrte.

Mitten in ein Revival der Erinnerung an die sogenannten Freiheits- oder Befreiungskriege in den 1830er Jahren hinein traf die Nachricht der zufälligen Wiederentdeckung der sterblichen Überreste der Erschossenen – und der schon erwähnte Friedrich von Vechelde wurde aktiv. Er selber hatte seinen Vater in den Kämpfen des Schwarzen Herzogs, des Versuchs des braunschweigischen Fürsten Friedrich Wilhelm kämpferisch auf seinen Thron zurückzukehren, verloren und verwendete in den 1830er Jahren einen Gutteil seiner Arbeitszeit, seines schriftstelleri-

schen Talents und seines sozialen Kapitals darauf, in Braunschweig eine Schill-Erinnerungsstätte mit nationaler Bedeutung zu errichten. Schill selber erlebte zu dieser Zeit seine erste Renaissance; 1813 war Napoleon geschlagen worden, die deutschen Monarchen kehrten auf ihre Throne zurück. Schill eignete sich in dieser Zeit gut dazu, als Sinnbild für ein nationales Aufbegehren auf Grundlage kleinstaatlicher Identitäten zu fungieren. Und gerade deshalb waren Schill-Memorabilia in dieser Zeit heiß begehrt und es zeugt vom Geschick von Vecheldes, dass er nicht nur die berühmte rotlederne Aktentasche nach Braunschweig holen konnte, die Schill von Königin Luise erhalten hatte und in der viele den Befehl zum Angriff vermuteten, sondern auch den bayrischen König dazu brachte, eine Büste zu stiften – und den preußischen König (mit dem Generationswechsel hatte sich auch das preußische Verhältnis zu Schill etwas entspannt, zuvor galt er wegen seiner Insubordination als persona non grata) die Außenanlagen zu finanzieren. Eine Kurfürstin von Hessen sowie Ernst August von Hannover fanden sich ebenfalls unter den Großspendern; das Schill-Denkmal erschien so auch wie die föderale Zusammenarbeit der deutschen Herrscherhäuser. Den Rest des benötigten Kapitals – auch für die Invalidenstiftung, die es einem Invaliden der Freiheitskriege ermöglichen sollte, unentgeltlich im geplanten Häuschen zu wohnen – sammelte von Vechelde ganz im Stile der Zeit über private Spenden ein. Diese flossen nicht allein aus Braunschweig, sondern wiederum aus allen Teilen Deutschlands und gar aus England.

Der größte Erfolg gelang ihm aber nach der eigentlichen Fertigstellung des Denkmals; zwar hatte Wesel,



Darstellung von Schill-Denkmal und Invalidenhaus. Lithographie 1839 (Städt. Museum Braunschweig)

wo elf Schill'sche Offiziere hingegraben worden waren (auch hier war sonst der Bezug zu Schill nicht vorhanden), den prominenteren Architekten für sein Denkmal verpflichten können (niemand geringeres als Schinkel), in Sachen auratischer „Kleinode“ (wie es zeitgenössisch hieß) konnte es aber kein anderer Schill-Gedenkort mit Braunschweig aufnehmen, nachdem der Kopf nach Braunschweig gelangt war.

Und man war sich hier dieser Bedeutung auch durchaus bewusst, stellte den Kopf in den Abendstunden im Neustadtrathaus für Besucher aus und inszenierte schließlich die Beisetzung als großangelegtes Fest, in dem es insbesondere der

Predigt des Pastors Fink oblag, die Bedeutung Schills für die Erinnerungskultur der 1830er Jahre zu bestimmen. Zum einen ging es ihm darum, die enge Verbindung der lokalen Ereignisse (hier insbesondere der Widerstand Friedrich Wilhelms „Braunschweigs Herzog, Deutschlands Hoffnung“) mit dem nationalen Kontext (über „Held Schill, der Mann des Volkes, deutschen Namens ewige Zierde“) herauszustellen. Zum anderen ist bedeutsam, dass Schill in der Predigt – *expresso verbis* – als „Held“ auftaucht.

Die die neuere geschichts- und kulturwissenschaftliche Forschung zu Heldenarrativen hat sehr deutlich herausgearbeitet, welche Funktion

diese zu übernehmen haben. Vor allem nach dem Tod des „Helden“ gehe es darum, die nachfolgende Generation auf das vermeintliche Programm des „Helden“ zu verpflichten – das freilich die definieren, die am Heldengedenken arbeiten. Die Predigt Finks nun kann geradezu als paradigmatische Verwirklichung dieser theoretischen Vorgaben gelesen werden. So interpretierte er Schill als Vorkämpfer der nunmehr erreichten „Völkerfreiheit“, wobei „Freiheit“ hier nur meinte, sich von der napoleonischen Herrschaft befreit zu haben und nicht im Sinne bürgerlicher Freiheiten zu verstehen war (diese gewährte die westphälische Verfassung – trotz all der Einschränkungen

gen durch die Eingriffe Napoleons – in weit höheren Maße). Die Anwesenden verpflichtete Fink auf Dankbarkeit gegenüber Schill, ein durchaus ambivalentes Gefühl, da es politisch gewendet auch ein soziales Verhalten vorgeben sollte – nämlich eines, das ermöglichte, „was wir dem Helden schuldig waren, welcher einst unser Retter werden wollte.“ Und noch mehr als das, der „Held“ verpflichtete auch zum persönlichen Opfer: *„Hier bei seinem Grabe geloben wir, das Vaterland so treu zu lieben, wie er es geliebt, geloben wir, demselben unsre Kräfte zu weihen, ja, wenn es nöthig ist, freudig selbst des Herzens Blut dafür zu opfern.“*

Dass sich ausgerechnet ein Mann der Kirche einer derart nationalistischen und martialischen Rhetorik hingab, passt in die Zeit. Die enge Verbindung aus insbesondere protestantischer Kirche und dem jeweiligen Herrscherhaus ist für das 19. Jahrhundert bekannt. Interessant ist an der Predigt, die sich über weite Strecken wie ein politisches Pamphlet liest, noch, welche Rolle Napoleon in ihr spielte; dieser wurde als „Herrscher des Jahrhunderts, des Glückes schlachtenkundiger Sohn“ eingeführt. Aus der Warte der neueren theoretischen Arbeiten zu Heldennarrativen ist dies ein klassisches Beispiel dafür, wie ein übermächtiger Feind gezeichnet wurde, dem der „Held“ nur unterliegen konnte – trotz all seiner positiven Eigenschaften wie Mut, Kraft, Entschlossenheit etc. Spannender ist jedoch, dass Fink für sein diffus bleibendes, zwischen kleinstaatlicher Loyalität und kultureller Zugehörigkeit mäanderndes Verständnis des Nationalismus offenbar keines Feindbildes bedurfte, um seine Botschaft an den Mann zu bringen. Vielmehr erkannte er Napoleons militärische Leistungen an.

Das wandelte sich dann aber im Kaiserreich; während die Berichte über das angeblich außerordentlich ausschweifende Hofleben in Kassel unter Jérôme in Illustrierten, Romanen und auch in der historischen Forschung immer detaillierter die sexuellen Eskapaden des jungen Königs schilderten und so ein vom deutschen Bildungsbürgertum gern rezipiertes Bild des verderbten Franzosen vermittelten, erhielt die Erinnerung an Schill zuweilen auch eine schärfer antifranzösische Stoßrichtung. Ernst Moritz Arndts inzwischen berühmt-berüchtigtes „Lied von Schill“ von 1813 wurde nun immer häufiger zitiert – insbesondere die Schlussverse: „So ruft er immer: ‚Herr Schill! Herr Schill!/Ich an den Franzosen Euch rächen will.“

Als Vergleichsmoment für die Feierlichkeiten um 1837 bietet sich die Festveranstaltung zum hundertsten Todestag Schills 1909 an. Dieser wurde auch in Braunschweig groß gefeiert, das Denkmal war geschmückt, an den Ecken waren „Ehrenjungfrauen“ postiert – mit blau-gelben und schwarz-weiß-roten Schärpen, was sofort die Verbindung von braunschweigischer und nationalstaatlicher Identität verdeutlichte. Mehrere Hunderte geladene Gäste versammelten sich am 18. Juli 1909 im „Schillgarten“, darunter viel Militär, aber auch zivile Würdenträger und ein Abgesandter des Herrscherhauses. Organisiert wurde die Feier von zwei Lehrern, die protestantische Kirche – diesmal in Person des bekannten Pastors von St. Katharinen und Schriftstellers Martin Bücking – spielte wieder eine tragende Rolle. Bückings Predigt enthielt eine verknäppte Darstellung der Ereignisse von 1809 – wohlgemerkt, ohne einen Hinweis darauf, dass Schill ohne Befehl des Königs handelte. Ausgehend davon entwickelte Bücking ein teleologisches Ge-

sichtsbild: „Ohne 1809 keine Freiheitskriege, kein Schleswig-Holstein, kein 66 und 70/71“. Zumindest die Chiffre „66“ (für 1866) fällt in dieser Reihung auf, geht es doch um den preußisch-österreichischen Krieg, der gemeinhin als letzter Baustein einer kleindeutschen Nationalstaatsgründung (also ohne Österreich) verstanden wird. Dachte man bis zu diesem Zeitpunkt die zeitgleich stattfindenden Aufstände Andreas Hofers und Schills gerne zusammen, so zog sich Bücking hier stattdessen auf ein preußisch-deutsches Geschichtsbild zurück, ja machte Schill gar zu einem Vorläufer der kleindeutschen Lösung.

Unbestimmt – und gerade deshalb sicher als Verpflichtung aus der Vergangenheit für die Gegenwart zu verstehen – stellte Bücking trotz der erreichten Nationalstaatsgründung die rhetorische Frage: „Sind die Zeiten der Unterdrückung und Unfreiheit für immer dahin?“, bevor er sich darum bemühte, ausgehend von der Nähe ihrer Grabstätten (auch wenn es bei Schill nur um den Kopf ging) eine direkte Verbindung von Lessing zu Schill zu ziehen und so, davon kann man ausgehen, Deutschlands militärische mit seinen geistigen Leistungen in Beziehung zu setzen:

„Und diese ganze werte Stätte ringsum sagt uns für Vergangenheit und Gegenwart von Freiheit, Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit. Auf diesem selben Platz zwischen Schilldenkmal und Lessings Grab, dort weiterhin unter den Augen eines unserer deutschen Dichter [gemeint ist sicher Wilhelm Raabe, der unweit wohnte; J.V.], begeht unsere deutsche Jugend alljährlich den Tag von Sedan. Das gibt uns Zuversicht und Hoffnung auch für kommende Zeiten.“

Bückings Rede blieb so – sicher auch zeittypisch – ambivalent: Er

präsentierte sich zum einen als Anhänger eines vergleichsweise liberalen Bildungsbürgertums und bekannte sich offensiv auch zu den Werten der Aufklärung – so in seiner Lessing-Verehrung, „des freiesten Mannes seines Jahrhunderts: – ein Geisteskämpfer, dessen Name hell durch die Welt klingt, während die Engherzigkeit, die ihn hier damals verfolgte, mit ihren Namen längst spurlos verweht ist.“ Gleich-

zeitig konnte er seine Begeisterung für die unter Preußens Führung herbeigeführte deutsche Einigung nicht verhehlen, ja er wollte es auch gar nicht. Schill wurde für ihn zum zeitlosen Träger dieser nationalen Idee auf politischem, Lessing zu deren Repräsentanten auf kulturellem Gebiet. Gepaart war all dies mit einer gehörigen Portion Lokalstolz. Von der noch schärferen Indienstnahme Schills im Ersten Weltkrieg,

während der Weimarer Republik und dann vor allem im Nationalsozialismus war zumindest Bücking damit noch weit entfernt. Er war allerdings auch eine eher gemäßigte Stimme im Schill-Gedenken der Zeit.

Die Fortsetzung folgt im kommenden Rundbrief.

Jonathan Voges

Den Blick erweitern: Zwangsarbeit in der Kriegsgesellschaft

Die Bevölkerung der Stadt Braunschweig war seit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur mit den Gewalttaten der neuen Machthaber konfrontiert. Sie waren sichtbar und bekannt, verbreiteten Schrecken unter den Gegnern der Nationalsozialisten und fanden die Zustimmung ihrer Anhänger. Der Rassismus der Nationalsozialisten wurde rechtlich verankert und zeigte sich in immer weiterreichenden Formen von Ausgrenzung und Verfolgung derjenigen Menschen, die nicht als Teil der sogenannten „Volksgemeinschaft“ gesehen wurden.

Mit dem Zweiten Weltkrieg nahm die Diskriminierung neue Dimensionen an. Zur Stützung der deutschen Wirtschaft, zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung der deutschen Rüstungsindustrie wurden Menschen aus den besetzten Gebieten in das Deutsche Reich gebracht. Auch in Braunschweig wurden sie als Arbeitskräfte in der Industrie und in der Landwirtschaft eingesetzt. In aller Deutlichkeit aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ und damit auch aus der städtischen Gesellschaft ausgeschlossen wurden dabei insbesondere die Menschen aus den östlichen Ländern Europas. So galten polnische und in noch höherem Maße russische Menschen

den nationalsozialistischen Deutschen als „minderwertig“. Ein Kontakt zur deutschen Bevölkerung sollte verhindert werden.

Ausgehend vom Einsatz der Häftlinge aus dem KZ-Außenlager in der Schillstraße beim LKW-Hersteller Büssing-NAG geht das aktuell laufende Rechercheprojekt „KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter in der Kriegsgesellschaft“ der Frage nach, wie sich die Stadtgesellschaft in Braunschweig während des Krieges veränderte und welche Formen der

Umgang mit den zur Zwangsarbeit eingesetzten Frauen und Männern hatte. Neben dem Projekt zur Geschichte des Schilldenkmals legt es einen Grundstein der Konzeptionsentwicklung für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Schillstraße. Das Projekt lotet aus, welche Quellenbestände für eine zukünftige Ausgestaltung der inhaltlichen Vermittlung und der pädagogischen Arbeit bisher unerschlossen geblieben sind. Dabei rückt unter der Fragestellung nach der Zwangsarbeit in der braunschweigischen Stadtge-



Stammwerk der Firma Büssing, Salzdhahmer Straße, ohne Datierung (Städtischer Bilddienst)

sellschaft während des Zweiten Weltkrieges der LKW-Hersteller Büssing weiter in den Fokus. Es wird der Frage nachgegangen, welche weiteren Formen der Zwangsarbeit im Rahmen der Gedenkstätte sinnig in eine Vermittlung mit einbezogen werden müssten.

Hierzu wurde mit der Erfassung von Quellenbeständen in regionalen, überregionalen und internationalen Archiven begonnen. Auf diesem Weg wird gezeigt, welche Bestände zu einer thematischen Ausweitung der Vermittlungsschwerpunkte der Gedenkstätte vorhanden sind. Über die bisher zentrale Geschichte des KZ-Außenlagers hinaus ist denkbar, auch die Bedingungen der Zwangsarbeit bei dem LKW-Hersteller und Rüstungsproduzenten Büssing-NAG detaillierter zu präsentieren. Zugleich soll die Perspektive auf die städtische Gesellschaft und ihre Veränderung während des Zweiten Weltkrieges geöffnet werden. Ein interessanter Fall ist die Ausgründung der Niedersächsischen Motorenwerke (Niemo) durch Büssing-NAG. Dieses neu aufgebaute Werk der Rüstungsindustrie in Braunschweig-Querum produzierte Flugzeugmotoren für die deutsche Luftwaffe und bietet die Möglichkeit eines Vergleichs mit dem Stammwerk, das LKW für die Wehrmacht herstellte. Für den bisherigen Forschungsstand zu den Niemo lässt sich feststellen, dass er, wie bei vielen Unternehmen des Flugzeugbaus, stark auf das Produkt Flugzeug und seine technischen Details fokussiert ist.

Da bedingt durch die Corona-Pandemie die Arbeit in vielen Archiven im bisherigen Projektzeitraum stark eingeschränkt und teilweise sogar unmöglich war, wurde zunächst ein Bestand des Arbeitskreises Andere Geschichte einer Sichtung unter der

Spendenaufruf

Der Arbeitskreis Andere Geschichte finanziert seine Arbeit durch die Beitragszahlungen der Mitglieder, durch die städtische Kontinuitätsförderung und Projektförderungen unterschiedlicher Institutionen. Der Unterhalt der Gedenkstätte Schillstraße, des Vereinsbüros in der Schlossstraße und die Entlohnung von derzeit vier (Teilzeit-)Mitarbeiter*innen ist so möglich. In diesem Jahr haben wir auch ganz erfolgreich Zuwendungen für Projekte eingeworben – so für eine neue Internetseite der Gedenkstätte und eine Ausstattung mit einem sicheren und leistungsfähigen Computernetzwerk.

Die Corona-Pandemie hat die Arbeit aber erheblich beeinflusst: So hatten wir zur Jahresmitte Jannik Sachweh beauftragt, in örtlichen und überregionalen Archiven nach Quellen über die Zwangsarbeit insbesondere bei der Firma Büssing zu suchen. Es zeigte sich, ein sehr sinnvolles Unterfangen, denn Jannik Sachweh fand zahlreiche Dokumente, die vor fünfzehn Jahren noch un-

bekannt oder nicht zugänglich waren.

Allerdings wurde Janniks Arbeit immer wieder ausgebremst: Archive schlossen wegen der Pandemie, Zugangstermine wurden erst Monate später vergeben, Kopien konnten nicht bestellt werden. Janniks Tätigkeit sollte eigentlich zum 31.12.2020 beendet werden, aber es ist absehbar, wichtige Archive sind noch nicht aufgesucht und zuletzt erhobene Bestände für die weitere Nutzung noch nicht aufbereitet. Wir haben deshalb bei der (Landes-) Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten eine Verlängerung der Förderung beantragt. Doch dieses bedeutet, dass wir Eigenmittel von 4.500,- € einbringen müssen. Diese sind kurzfristig nicht aus anderer Quelle zu bekommen. Wir wären Ihnen insofern sehr dankbar, wenn Sie mit einer Spende helfen würden, diese Finanzlücke zu verringern, so dass diese wichtige Arbeit zu Ende geführt werden kann.

Isolde Saalmann

neuen Fragestellung unterzogen. Die Briefwechsel, die Karl Liedke Mitte der 1990er Jahre mit polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern führte, versprachen zahlreiche Funde zur Situation der Menschen bei Büssing-NAG und den Niemo. Durch umfangreiche Übertragungen aus dem Polnischen konnten hier neue Perspektiven eröffnet werden. So zeigte sich, dass mehrere Familien, die nach dem Warschauer Aufstand zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren, dort eingesetzt wurden. Vor diesem Einsatz waren sie in KZ inhaftiert worden. Davon berichtet ein Brief von Waldemar Dej, der als Kind im Lager Mascherode arbeiten musste. Durch den zufälligen Kontakt zu ei-

nem Ehepaar aus den Niederlanden, das die Gedenkstätte besucht hatte, ergab sich eine weitere Perspektive, die bisher kaum beachtet wurde. Die Suche nach dem Kriegseinsatz des Vaters gab den Hinweis auf die größere Gruppe der „Merwedegijzelaars“, die im Stammwerk von Büssing eingesetzt wurden. Diese im Rahmen einer Vergeltungsrazzia verschleppten Niederländer waren im Lager Mascherode interniert worden. Als Teil der Büssing-Werksfeuerwehr wurden die Gefangenen nach Bombenangriffen zu gefährlichen Lösch- und Aufräumarbeiten herangezogen. Durch den hergestellten Kontakt zu Anja van der Starre, einer niederländischen Forscherin, konnte der dortige For-

schungsstand erstmals erfasst werden. Insgesamt hat sich gezeigt, dass der gewählte Betrachtungsrahmen von Zwangsarbeit und Kriegsgesellschaft für eine zukünftige Arbeit der Gedenkstätte sehr lohnenswert erscheint. Durch ihn

könnte ein vertieftes Verständnis für die unterschiedlichen Formen der Zwangsarbeit und ihre Dimensionen in der braunschweigischen Stadtgesellschaft erreicht werden. Die aktuell massiven Einschränkungen der Arbeit machen eine zukünftige

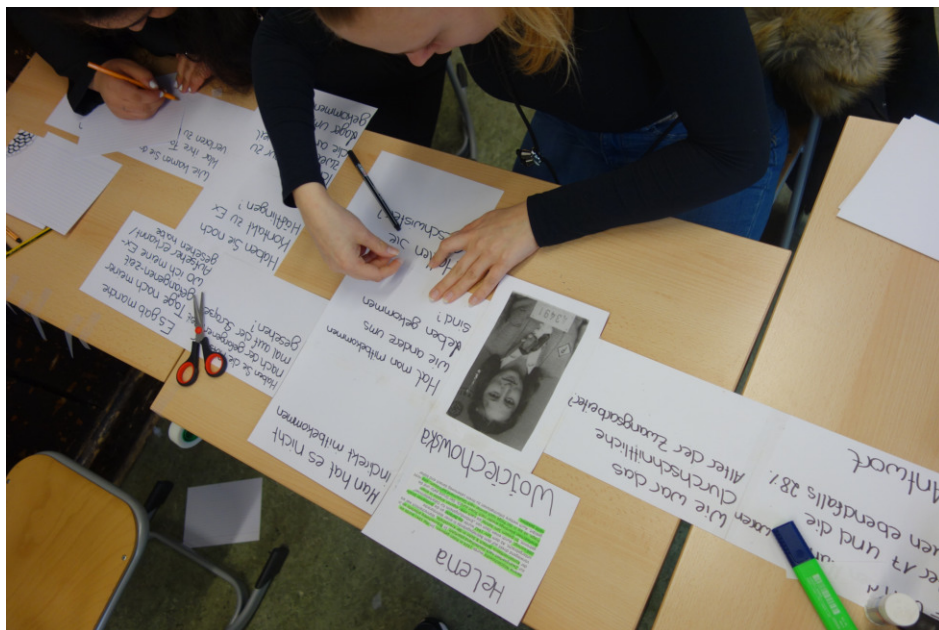
Weiterführung der Recherchen notwendig, für die bereits eine gute Grundlage gelegt werden konnte.

Jannik Sachweh

Zwangsarbeit in Braunschweig als Thema eines interdisziplinären Workshop-Angebots

Eine Gruppe Schüler*innen der Nibelungen Realschule sitzt an einem Donnerstagmorgen in einem Stuhlkreis in der Gedenkstätte Schillstraße. Gespannt warten sie darauf, was nun passieren wird. Sie hatten von ihrer Lehrerin vorab nur erfahren, dass sie an einem zweitägigen Workshop teilnehmen werden und es inhaltlich um das Thema Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Braunschweig gehen soll. Gibt es erst einmal einen längeren Vortrag? Wird als Einstieg ein Film geschaut? In der Mitte des Raumes liegen vierzig historische Fotografien verteilt. Was hat es damit auf sich? Dann geht es los – nach der Begrüßung durch Gerald Hartwig und Sophia Hamann werden die Schüler*innen gleich selbst aktiv. Sie sollen sich individuell aus dem Fotobestand eine Aufnahme aussuchen, welche sie vom Motiv her interessant finden und über welche sie mehr herausfinden möchten. Jede*r Schüler*in stellt anschließend das Foto kurz vor und begründet die Entscheidung. Die jeweils ausgewählte Fotografie wird die Schüler*innen in der Folge des Workshops noch weiter begleiten.

Die beschriebene Situation bildet den Einstieg in ein neues, interdisziplinäres Workshop-Format in der Gedenkstätte Schillstraße, welches Gedenkstättenpädagogik mit Kunstvermittlung verknüpft und dessen Konzept im Januar und Februar



*Schüler*innen erstellen ein Skript für eine Audioaufnahme. (Foto: Sophia Hamann)*

2020 mit 9. Klassen des Gymnasiums Neue Oberschule, der Nibelungen Realschule und der Hauptschule Pestalozzistraße erstmalig erprobt wurde. Die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten förderte zwischen September 2019 und Februar 2020 das Projektvorhaben, in dessen Rahmen Gerald Hartwig und die Künstlerin Sophia Hamann ein Konzept erarbeiten, geeignete Methoden auswählen, Materialien aufbereiten, mögliche Abläufe strukturieren und letztlich die Erprobungen an jeweils 2-3 Tagen selbst durchführten. Der innovative Ansatz des neuen Workshop-Angebotes ist die Verknüpfung von Gedenkstättenpädagogik mit Kunst (-vermittlung). Jugendliche können

sich dabei durch einen stark aktiv-kreativen Zugang mit dem Thema Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Braunschweig auseinandersetzen. Wie in der obigen Darstellung bereits deutlich wurde, sind historische Fotografien aus dem Privatbesitz ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter*innen, welche von Karl Liedke in den 1990er Jahren für den Verein erschlossen wurden, wesentlicher Ausgangspunkt der Auseinandersetzung. Die ausgewählten Aufnahmen, welche ausnahmslos Personen zeigen, sind sowohl als historische Quellen als auch künstlerisches Bildmaterial dafür sehr gut geeignet. Der spezifische Charakter der Fotografien bietet eine gute Möglichkeit biografiebezogen

zu arbeiten und die Schüler*innen für einen kritischen Umgang mit historischen Quellen zu sensibilisieren.

Nach dem Einstieg sollte in den nachfolgenden Übungen das genaue Untersuchen der historischen Aufnahmen vertieft werden, um den Schüler*innen bewusst zu machen, dass hinter den abgebildeten Personen real existierende Menschen mit eigenen Geschichten stehen. Zunächst formulierten die Schüler*innen Fragen an die Person(en) auf ihren Fotografien und hielten diese schriftlich fest. Diese waren vielfältig und reichten von grundlegenden Fragen zu Lebensdaten über „Warum trägt die Person ein „P“-Abzeichen?“ bis zu „Die Person sieht irgendwie traurig aus, was hat sie in der konkreten Situation gefühlt?“. In einem weiteren Schritt der Annäherung sollten die Jugendlichen für sie besonders auffällige Details in den Aufnahmen zeichnerisch festhalten. Den Höhepunkt dieser Arbeitsphase bildete eine anschließende Kleingruppenarbeit, in deren Rahmen sich die Schüler*innen zunächst gemeinsam auf eine ihrer Aufnahmen einigten, deren Szene sie gerne nachstellen würden. Der Fokus lag dabei auf der Körperhaltung, Gestik und Mimik der abgebildeten Menschen. Die Gruppen konnten frei entscheiden, wie sie dieses umsetzen wollten und probierten verschiedene Möglichkeiten aus. Schüler*innen, die aufgrund der begrenzten Anzahl an Personen nicht an der Szene teilnehmen konnten, waren für Regieanweisungen zuständig und leiteten die Anderen z.B. beim Einnehmen der Körperhaltungen an. Um diese Inszenierungen festzuhalten, wurden Polaroid-Fotografien erstellt. Am Ende sollten nicht die vorliegenden Fotoprodukte das zentrale didaktische Ziel sein, sondern vorrangig

der Empathie fördernde Prozess auf dem Weg dorthin.

Die hier abgedruckte Collage veranschaulicht exemplarisch verschiedene Schritte von der Fotoauswahl bis zum Druck auf den Auslöser der Polaroid-Kamera. Zunächst wählte die Schülerin Merle (Gymnasium Neue Oberschule) in der Einstiegsrunde die historische Fotografie mit den Schwestern Krystyna und Irena Gawrys aus, welche im Juni 1941 als Zwangsarbeiterinnen nach Braunschweig verschleppt wurden und bei einem illegalen Ausflug nach Watenstedt-Salzgitter im Fol-

der beiden Schwestern, welches auf der Fotografie vermittelt wird, dabei gekonnt in die Gegenwart transportieren.

In der nachfolgenden Arbeitsphase wurden die Fotografien durch historische Informationen und Quellenmaterialien kontextualisiert und kontrastiert. Zunächst wurde diskutiert, in welchem Zusammenhang die Menschen aus Polen nach Deutschland kamen. Versuche, die Menschen zunächst freiwillig nach Deutschland zu locken, wurden anhand von historischen Anwerbungsplakaten veranschaulicht. Auch hier



*Schüler*innen nähern sich einer historischen Aufnahme an - performativ und mit Detailzeichnung (Foto: Sophia Hamann)*

gejährt von sich eine Fotografie anfertigen ließen. Die Schülerin stellte als Detail die innige Umarmung der beiden Frauen zeichnerisch heraus. In der Diskussion entschieden sich die Teilnehmer*innen aus ihrer Gruppe gemeinsam für ihre Fotografie und entschlossen sich zwei männliche Schüler für die Inszenierungen einzusetzen. Diese konnten das vertraulich-intime Verhältnis

wurde vorrangig über die Bildsprache der Darstellungen mit den Jugendlichen gearbeitet. Nach dem Übergang zu Zwangsverschleppungen und weiteren radikalen Maßnahmen waren die Pol*innen in Deutschland ab März 1940 mit den sogenannten „Polenerlassen“ umfassenden rassistischen Einschränkungen bzw. Zwangserlassen unterworfen. Auf leicht verständliche

Weise sollten die Schüler*innen sich gegenseitig bestimmte Vorschriften näherbringen. Zur Veranschaulichung konnten sie mit Kreide auf dem Fußboden in der Gedenkstätte für ihre Präsentationen kleine Skizzen, Diagramme, Erläuterungen und ähnliche Darstellungsformen aufbringen.

In einer letzten Arbeitsphase konnten die Schüler*Innen mehr zu ihren zuvor ausgewählten Fotografien und den damit in Zusammenhang stehenden Personen erfahren. Zu jeder Fotografie wurde eine „Recherchemappe“ ausgehändigt, in welcher z.B. biografische Angaben, Erinnerungsberichte und personenbezogene Dokumente zusammengefasst waren. Auf Grundlage dieser Informationen und den im bisherigen Workshop-Verlauf behandelten Themen bestand nun die Aufgabe wiederum in einer Kleingruppenarbeit ein Skript zu erarbeiten und auf Grundlage dessen eine Audioaufnahme als künstlerische Ausdrucksform zu erstellen.

Hinführend wurden mit den Schüler*innen besprochen, auf welche Weisen mit Sound gearbeitet, welches Format eine Aufnahme haben und mit welchen vielfältigen Methoden die eigene Stimme einbezogen werden könnte. Bei der Erstellung der Sound-Skripte sollten die Schüler*innen auch visuell deutlich machen, wie sich diese strukturieren. Einbezogene Bild- und Textquellen wurden an relevanten Stellen zwischen die einzusprechenden Textzeilen eingefügt und aneinandergeklebt. Einige Schüler*innen entschieden sich bei der Umsetzung z.B. für eine Reportage oder ein Interviewformat und stellten ausgewählte Biografien in den Mittelpunkt. Einige setzten nicht nur ihre Stimmen ein, sondern recherchierten im Internet Sound- oder Musiksequenzen und fügten

diese während des Aufnahmeprozesses mit ein.

Auch in dieser Arbeitsphase gab es ein paar überraschende und eindrückliche Situationen, insbesondere mit den Schüler*innen der Hauptschule Pestalozzistraße. In einer Gruppe waren Kamil und Jerome, die sich zunächst schwer taten eine geeignete Umsetzungsform für eine Audioaufnahme zu finden. Sophia Hamann kam mit ihnen ins Gespräch und versuchte Möglichkeiten mit ihnen zu erschließen. Kamil, dessen Eltern gebürtige Polen sind, eröffnete im Austausch, dass einige seiner Verwandte im Zweiten Weltkrieg getötet wurden und seine Urgroßmutter ebenfalls als Zwangsarbeiterin in Deutschland eingesetzt worden war. Gemeinsam entschlossen sich die beiden Schüler, dass Jerome seinen Mitschüler Kamil interviewen und dieser seine Familiengeschichte und das Verschweigen der Erlebnisse seiner Großmutter in den Mittelpunkt stellen wollte. Auch in einer anderen Kleingruppe gab es eine Situation, zu der es im Rahmen eines regulären Vermittlungsformates möglicherweise nicht gekommen wäre: Der Schüler Akif kam als Geflüchteter nach Deutschland und hatte trotz seines inzwischen längeren Aufenthaltes große Hemmungen Deutsch zu sprechen. Im bisherigen Workshopverlauf hatte er sich an den Übungen und Inszenierungen aufgeschlossen beteiligt, brachte sich allerdings nicht mit mündlichen Beiträgen ein. In der vertraulichen Atmosphäre mit zwei weiteren Mitschülern und aufgrund der sehr großen Freiheit im Hinblick auf eine Umsetzung wollte er sich bei der Audioaufnahme beteiligen und äußerte sich dahingehend, wie er sich in der Gegenwart ein Arbeitsumfeld im Gegensatz zu den damaligen Zwangsmaßnahmen wünscht - sein größter Wunsch wäre später Feuerwehrmann zu werden und die Tätigkeit mit Motivation und Freude ausführen zu können.

Am Ende erklärten sich die Schüler*innen alle bereit ihre Aufnahmen im Plenum vorzuspielen. Einzelne äußerten zunächst Unsicherheiten, wie ihre Mitschüler*innen auf ihre Aufnahmen reagieren würden. Letztlich überwog aber bei allen drei Schulklassen eine Atmosphäre einer starken Wertschätzung untereinander für die Ergebnisse.

Ausschließlich mit den Schüler*innen der Hauptschule Pestalozzistraße, die einen Tag mehr Zeit hatten als die anderen beiden Gruppen, wurde zum Abschluss noch eine weitere kreative Aktivität erprobt. Die Schüler*innen konnten unter den Eindrücken der vergangenen Tage einen Ansteck-Button mit einem Wort gestalten, welches ihre persönlichen Wünsche für die Zukunft im Zusammenleben mit ihren Mitmenschen verdeutlichen sollte. „Kein Krieg mehr!“ und „Gleichberechtigung“ sind nur zwei Beispiele, die sich auf Buttons von zwei Schülerinnen an ihren Jacken bei der Verabschiedung wiederfanden.

Das neue Workshop-Angebot ist inzwischen für interessierte Schulklassen und Jugendgruppen buchbar und soll nach Ende der Einschränkungen durch die Corona-Situation als reguläres Angebot fest in der Gedenkstätte etabliert werden. Gegenwärtig erarbeiten Gerald Hartwig und Sophia Hamann in einem Folgeprojekt, welches von August bis Dezember 2020 ebenfalls von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten voll gefördert wird, eine Projektdokumentation und finalisieren sie das erprobte Workshop-Konzept sowie die eingesetzten Materialien.

Gerald Hartwig

Neues aus dem Arbeitsbereich Sammlung und Recherche

Der folgende Bericht soll sowohl den Mitgliedern des Arbeitskreises Andere Geschichte e.V. als auch allen an den Aktivitäten des Vereins Interessierten einen Überblick über die 2020 in den Tätigkeitsbereichen Sammlung und Recherche erzielten Arbeitsfortschritte geben.

Ermöglicht durch eingeworbene Fördermittel aus dem Niedersächsischen Investitionsprogramm für kleine Kultureinrichtungen des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur konnte der Arbeitskreis seine technische Ausstattung und Infrastruktur wesentlich verbessern. Im Zentrum steht dabei die virtuelle Verbindung der beiden Standorte – des Büros in der Schlossstraße und der Gedenkstätte Schillstraße – mittels eines gemeinsamen Netzwerks. Hierzu stellt ab November 2020 die Braunschweiger IT-Firma Mandala eine Serverumgebung zur Verfügung, die nicht nur ein professionelles Maß an Sicherheit gewährleistet, sondern darüber hinaus den Zugriff auf alle Daten des Arbeitskreises und der Gedenkstätte von den beiden Braunschweiger Standorten und prinzipiell von jedem Ort weltweit mit Internetzugang möglich macht. Zum einen ist dies Voraussetzung, um die internen Arbeitsabläufe effektiver und sicherer zu gestalten, zum anderen können auf dem Weg – insbesondere in Kombination mit der gerade neu im Aufbau befindlichen Webpräsenz der Gedenkstätte Schillstraße – Schulen und der interessierten Öffentlichkeit verbesserte pädagogische Angebote bzw. Möglichkeiten zur Teilhabe an den Vereinsaktivitäten unterbreitet werden. Wesentlicher Baustein dafür ist die Datenbank- und Archivierungssoftware Faust, deren neueste Version neben verschiedenen technischen Geräten



Der Anfang ist gemacht: Archivschränke warten darauf, gefüllt zu werden (Lars Skowronski).

(Laptop, Scanner usw.) angeschafft wurde. In dem Programm werden in den kommenden Jahren die Bibliotheks-, Dokumenten-, Foto- und Videobestände des Arbeitskreises sukzessive verzeichnet. Nach entsprechender Einarbeitung in die Datenbank werden dort die Inhalte intern recherchierbar sein; zudem bietet sie die Option Digitalisate sämtlicher Medienformen zu hinterlegen, sodass nicht mehr zwingend auf die Originale zurückgegriffen werden muss. Perspektivisch könnten die Inhalte dann – bei Einsatz eines spezifischen Zusatzmoduls des Programms – auch externen Nutzer*innen zugänglich gemacht werden.

Am Standort Schlossstraße, wo der größte Teil der Foto- und Dokumentensammlung des Arbeitskreises in einem Büro und in einem Abstellraum aufbewahrt wird, bestand die größte Herausforderung darin, die unter konservatorischen Gesichtspunkten schwierigen Lagerungsbedingungen zu verbessern. Zahlreiche Dokumentenordner wurden gereinigt und in neue Regale umge-

lagert, die wichtigsten Teile der Sammlung – vor allem Originalunterlagen und Fotos – befinden sich nun in extra beschafften Aktenschränken, sodass zumindest vorerst sichergestellt ist, dass diese keinen Schaden nehmen.

Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bildete die Verzeichnung der Dokumenten- und Fotobestände sowie die Digitalisierung ausgewählter Teile der Sammlung. Zu den bereits erwähnten Dokumentenordnern entsteht derzeit ein provisorisches Findmittel in Form einer Excel-Tabelle. In diese werden die Ordnerbezeichnungen und eine kurze Beschreibung ihres Inhaltes aufgenommen, um einen Überblick über die darin enthaltenen Unterlagen zu erhalten. Zudem erhält jeder Ordner eine fortlaufende Signaturnummer, die ihn im Gesamtbestand wieder auffindbar macht. Bleibt diese Form der Erschließung aufgrund der Menge der Unterlagen noch vergleichsweise an der Oberfläche, wird sie bezüglich bestimmter wichtiger Teilbestände der Sammlung bereits detaillierter vorgenom-

men. Insbesondere trifft das auf die sog. Sammlung Liedke zu. Das Konvolut, bestehend aus einem Dutzend Ordnern, entstand als Ergebnis der Arbeit des in diesem Jahr verstorbenen Braunschweiger Historikers Karl Liedke, der sich u.a. auf dem Gebiet der Forschungen zur Geschichte der NS-Zwangsarbeit bedeutende Verdienste erworben hat. In den Ordnern befinden sich hunderte Auskunftsbögen von polnischen Zwangsarbeiter*innen, in denen sie sich im Zuge einer Befragungsaktion zu Einsatzorten, Lebensbedingungen und Repressionen im Rahmen des Arbeits-einsatzes für die deutsche Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg in Braunschweig äußerten. Diese Unterlagen sind nun vertieft erschlossen, sodass nach Namen der Betroffenen und den Firmen, in denen sie tätig waren, recherchiert werden kann.

Aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung steht die Sammlung Liedke im nächsten Schritt auch zur Digitalisierung an. Hierbei profitieren wir künftig nicht nur von der Archivsoftware Faust, sondern ebenso von zwei im Rahmen der Fördermitteleinwerbung neu beschafften Dokumenten- und Fotoscannern.

Auch die pädagogische Arbeit der Gedenkstätte Schillstraße konnte in einigen wichtigen Punkten unterstützt werden. Zu nennen ist dabei zuvorderst ein erstmals in der Form durchgeführtes Forschungs- und Rechercheprojekt mit der Integrierten Gesamtschule Franzses Feld. Ein Abiturskurs erhielt dort die Aufgabe, Lebensläufe von Braunschweiger Jüd*innen zunächst zu recherchieren und innerhalb des Kurses zu präsentieren. Im zweiten Schritt sollten dann von den Schüler*innen aus den gesammelten Daten und Dokumenten pädagogische Materialien für Mädchen und Jungen einer niedrigeren Jahrgangsstufe erarbeitet werden. Dieser Prozess wurde unsererseits durch die Vorrecherche der Biografien, die Beschaffung der Unterlagen aus dem Niedersächsischen Landesarchiv und aus einer privaten Sammlung sowie durch die Anleitung des Kurses unterstützt. Eingang in das Projekt fanden neben der seit langem in der Bildungsarbeit der Gedenkstätte Schillstraße präsenten Biografie des Braunschweigers Semmy Frenkel auch bislang weniger beachtete Lebensgeschichten. So befasste sich eine Arbeitsgruppe mit dem Leben des Oberverwaltungsgerichtsrats Walter Gutkind, der von den Nazis aus dem Justizdienst ge-

drängt wurde und nach Großbritannien emigrierte. Hierzu konnten die Schüler*innen auf einen Erinnerungsbericht des Betroffenen ebenso zurückgreifen wie auf dessen Personalakte und ein Dokumentenkonvolut, das nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge eines Entschädigungsverfahrens entstanden war. Eine Entschädigungsakte half einer anderen Gruppe des Kurses auch, das Verfolgungsschicksal Samuel Elperins zu rekonstruieren. Der jüdische Kaufmann, im russischen Zarenreich geboren, war im Zuge des Ersten Weltkriegs nach Braunschweig gekommen und hatte sich dort eine Existenz aufgebaut. Nachdem er in verschiedenen Zuchthäusern und Lagern inhaftiert worden war, gelang ihm im Sommer 1941 schließlich die Auswanderung in die USA.

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte das Projekt im Frühjahr nicht wie geplant abgeschlossen werden. Nichtsdestotrotz hat das Konzept in der Schule so überzeugt, dass es im nun laufenden Schuljahr mit einem neuen Kurs, der sich teils wieder anderen Lebensläufen zuwendet, fortgesetzt wird.

Lars Skowronski

Abendlicher Protest

gegen ein von neofaschistischen Gruppen angemeldetes "Heldengedenken" am Schilldenkmal. Aufgrund städtischer Auflagen konnte die provozierende Veranstaltung am 15. November 2020 dann nur auf dem Löwenwall stattfinden. Statt Fackeln wurden Kerzen entzündet.

Foto: Martina Staats





Reinhard Bein

Braunschweiger Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts

Band 4

Braunschweiger Persönlichkeiten - Vierter Band erschienen

Seit zehn Jahren verfassen Autor*innen – überwiegend Mitglieder des Arbeitskreises – unter der Leitung von Herausgeber Reinhard Bein Kurzbiographien zu Personen der braunschweigischen Geschichte

des 18. bis 20. Jahrhunderts. Erschienen sind ein Band zu „Braunschweiger Frauen in ihrer Zeit“, ein Buch über „Hitlers Braunschweiger Personal“ sowie vier Bände „Braunschweiger Persönlichkeiten des 20.

Jahrhunderts“, deren letzter Band in diesem Jahr veröffentlicht wurde.

Waren es bei gleichem Buchumfang im 2012 erschienen ersten Band der „Persönlichkeiten“ noch 68 Biographien, die vorgestellt wurden, sind es im neuesten Band „nur“ noch 35: der Textumfang der Biographie hat sich von vier Seiten auf sechs bis zehn Seiten pro Biographie vergrößert, um der Entfaltung der Lebensgeschichten mehr Raum zu geben. Vier Biographien des ersten Bandes (Martha Fuchs, Gustav Gassner, Otto Grotewohl und August Herrmann) wurden erneut aufgenommen und wesentlich erweitert.

Die bewährten Hilfsmittel aus den Vorgänger-Bänden sind auch hier zu finden: insbesondere die zahlreichen Verweise helfen dabei, die unterschiedlichen Biographien der zu Anfang genannten sechs Bände (plus die von Reinhard Bein verfassten Biographien in den „Lebensgeschichten von Braunschweiger Juden“) miteinander zu verknüpfen. Neu dazu gekommen ist eine Seite mit Hinweisen auf Gräber auf dem Hauptfriedhof.

Zum vierten Band der „Persönlichkeiten“ haben folgende Autoren beigetragen: Reinhard Bein, Regina Blume, Gudrun Hirschmann, Lena Kreie, Dieter Miosge, Isabel Rohloff, Henning Steinführer, Manfred Urnau, Susanne Weihmann und Michael Wettern.

Gustav Partington

Reinhard Bein (Hg.), Braunschweiger Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts aus der Stadt Braunschweig und den ehemaligen braunschweigischen Landkreisen, Band 4, Braunschweig 2020, ISBN: 978-3-9807022-1-8

Buchbesprechung

160 Tage weht die rote Fahne. Hans-Ulrich Ludewig über die Revolution 1918/1919

Der Schlossplatz mit den Reiterstandbildern der Herzöge Karl Wilhelm Ferdinand und Friedrich Wilhelm sowie den Bars und Restaurants ist ein beliebter Treffpunkt der Braunschweiger*innen – hier beginnen sowohl viele Einkaufs- und Erkundungstouren als auch Demonstrationzüge.

In der Vergangenheit war dieser Ort zudem oft Schauplatz wichtiger Ereignisse: So zeigte sich auf dem Schlossplatz Anfang November

wert war ihre Strategie für die Absetzung des Herzogs Ernst August: Eine kleine, frisch gewählte Delegation aus Matrosen und Arbeitern überreichte dem Herzog eine Ab dankungsurkunde, die dieser nach kurzer Beratung mit seinen Ministern unterschrieb. Ernst August war damit der erste deutsche Monarch, der abdankte.

Der bekannte Historiker Hans-Ulrich Ludewig, jahrzehntelang beliebter akademischer Lehrer von

Reichsregierung agierten. Vorausgegangen waren Pläne zur Gründung einer nordwestdeutschen Republik, die namentlich Sepp Oerter (USPD) vorangetrieben hatte. Damit wurde aus Sicht der Berliner Reichsregierung endgültig die „rote Linie“ überschritten.

Den Weg dorthin beschreibt der Verfasser in insgesamt 17 Unterkapiteln, die weitgehend chronologisch angeordnet sind: Das erste trägt daher die Überschrift: „Der Umsturz“ (S. 13-21); hier werden die verschiedenen Ereignisse bezogen auf die reichsweite und regionale Ebene geschildert.

Am 8. November 1918 bildete sich der Arbeiter- und Soldatenrat (S. 16 f.). Zwei Tage später tagte im Landtag am Eiermarkt der Arbeiter- und Soldatenrat. Sepp Oerter schlug den Schneider August Merges als Präsidenten der Provinz Braunschweig vor. Oerter selbst erhielt den Vorsitz im Rat der Volkskommissare (S. 21). Die Startphase der Revolution war damit beendet. Minna Faßhauer wurde als erste Frau in der deutschen Geschichte zur Ministerin (für Volksbildung) ernannt. Die MSPD gehörte der Regierung nicht an, das war eine klare Abweichung von deutschlandweiten Trends.

Im zweiten Kapitel „Der Blick zurück“ (S. 22-32) werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Besonderheiten Braunschweigs geschildert: Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte es zu den wichtigen industriellen Regionen Deutsch-



Hans-Ulrich Ludewig bei einem Vortrag in der Gedenkstätte Schillstraße (mit Michael Wettern, Foto: Klaus Kohn)

1913 das frisch getraute Herzogspaar der Bevölkerung. Nur fünf Jahre später, am 8. November 1918 lief hier die Geburtsstunde der ersten braunschweigischen Demokratie ab: Der Schlossplatz gehörte den auf Reichsebene als erste revoltierenden Braunschweiger*innen, darunter zahlreiche Arbeiter und Soldaten. Geradezu bewunderns-

zahlreichen Geschichtsstudierenden an der TU Braunschweig, beschreibt in seinem neuesten Werk fundiert und pointiert die 160-tägige Revolutionsphase in Braunschweig. Sie begann am 8. November 1918 und endete mit dem Einmarsch der Maercker-Truppen am 17. April 1919, die auf Befehl der sozialdemokratischen

lands. Nach der Jahrhundertwende wuchs das Selbstbewusstsein der Braunschweiger Arbeiterschaft zusehends, es kam zu schweren Arbeitskämpfen. Aufgrund des „verschärften Dreiklassenwahlrechts“ in Braunschweig gab es bis Kriegsende keinen Sozialdemokraten im Landtag! Das war reichsweit einmalig. Wie andernorts entwickelte die Arbeiterschaft ein eigenes kulturelles Umfeld. Politisch ging die Braunschweiger Sozialdemokratie einen linkeren Weg als im übrigen Deutschland. Infolgedessen war hier die USPD am stärksten. Auf dem Programm der Braunschweiger Revolutionäre standen daher durchgreifende soziale und politische Systembrüche.

Im dritten Kapitel „Der Aufbruch“ (S. 33-40) skizziert der Autor die weitere Entwicklung ab dem 11. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat übernahm die politische Macht. Um das Erreichte zu schützen, formierte sich eine „Rote Garde“ aus Arbeitern. Ganz wichtig war Oerter die ausreichende Ernährungslage der Bevölkerung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Hohe Relevanz hatte aus Sicht der neuen Machthaber außerdem die „enge Verzahnung von Altem und Neuem“, was sich z. B. auf die Beibehaltung von vielen Gesetzen der alten Regierung bezog (S. 34). Insgesamt gesehen ließen die Revolutionäre bereits vorhandene Strukturen in Stadt und Land bestehen. Staatsbeamte wie die Kreisdirektoren blieben desgleichen nahezu vollständig in Amt und Würden.

Im vierten Kapitel „Von Räten und Volkskommissaren“ (S. 41-46) erfährt die Leserschaft z. B., wie die Soldatenräte 1918 gewählt wurden. Der Sitz des Arbeiter- und Soldatenrats war im Landtagsgebäude am Eiermarkt. Auf dem flachen Land

blieb das bisherige Verwaltungspersonal großenteils weiter im Dienst. Aufs Ganze betrachtet fehlte dem Räteystem das Fachwissen und geeignetes Personal.

Auf den Seiten 47 bis 103 werden Themen wie die „Rückkehr der Frontsoldaten“, „Sozialisierungsversuche“ und „Machtkämpfe“ behandelt. Letztlich sollte der Sozialismus den Kapitalismus ersetzen. Geplant waren u. a. „genossenschaftliche Musterbetriebe“ (S. 55). Die Revolution führte zu etlichen Umsetzungen alter Forderungen, wie z. B. der Anerkennung der Gewerkschaften, der Aufhebung der Gesindeordnung oder der Einführung des Achtstundentages. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hielt man gewerkschaftsseitig allerdings nicht für vordringlich (S. 55). Aus heutiger Sicht skandalös, sollten Frauen, so die fast einhellige damalige Meinung, für die zurückkehrenden Soldaten ihren Arbeitsplatz räumen (S. 57).

Eine Bodenreform fand lediglich in kleinem Stil im Hinblick auf den Nebenerwerb statt: Im Juli 1919 wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet: Es diente der Landbeschaffung für Industrie- und Landarbeiter. Reformierung der Schulaufsicht, neue Schulbücher und die Einführung einer akademischen Lehrerausbildung waren weitere bedeutende Maßnahmen. Im Ganzen kam es auf dem Gebiet der Schulpolitik zu keiner Annäherung zwischen Landeskirche und Arbeiterbewegung.

Hinter dem Stichwort „Machtkampf“ stand vor allem die Frage, für welches Regierungssystem sich die neuen Machthaber entscheiden würden, zur Auswahl standen v. a. ein Räteystem oder alternativ ein parlamentarisch orientiertes „Räte-

modell“. Die Braunschweiger Diskussionen darüber wurden in Berlin jedenfalls mit Sorge und Argwohn verfolgt.

Ein Grund dafür war vermutlich die Besonderheit der Braunschweiger „Straßenpolitik“ (S. 88 f.), die natürlich auch stets den Charakter einer „Drohkulisse“ aufwies. Die Revolution von 1918 fand in Braunschweig selbstverständlich draußen statt, in Hannover dagegen „im Saale“. Zusätzlich spielte die Presse in Braunschweig gesellschaftlich und politisch eine wichtige Rolle; sie hatte eine starke polarisierende Wirkung: Die Arbeiterschaft kaufte den „Volksfreund“, während das Bürgertum die „Landeszeitung“ las oder die „Neuesten Nachrichten“. Doch damit nicht genug: Zwischen MSPD und USPD kam es wegen des „Volksfreunds“ zu harten Konflikten. An Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Gräben unterschiedlichster Form herrschte in Braunschweig wahrlich kein Mangel!

Der Verfasser behandelt auf den Seiten 104 bis 153 zunächst das Thema „Alltag – Ängste – Gerüchte“. Thema ist hier u. a. die „Tanzwut“ der Braunschweiger*innen. Ob dahinter überschäumende Lebensfreude stand und/oder der „Tanz auf dem politischen Vulkan“, lässt der Autor offen. Die schwierige Versorgungslage in allen Bereichen gab es jedenfalls nach wie vor. Hinzu traten Zukunftsängste etwa im Hinblick auf den Arbeitsplatz oder eine etwaige Konterrevolution.

Am 1. Dezember 1918 fand die erste Massenversammlung des Bürgertums in Braunschweig statt. Grund war hauptsächlich die Angst vor den sozialistischen Plänen der neuen Machthaber. Gefordert wurde zudem die Einberufung einer ver-

fassungsgebenden Versammlung. Das aktive politische Handeln des hiesigen Bürgertums ist auf Reichsebene einmalig, woanders reagierte das Bürgertum eher passiv auf die revolutionsbedingten Umstände. Unterdessen gab im November 1918 die Berliner Regierung ein neues Wahlrecht bekannt, erstmals durften Frauen wählen und gewählt werden! In Konkurrenz dazu stand nach wie vor das Räteresystem.

Ende Februar 1919 kam es zu einer Radikalisierung, so gab es für einen Tag in Braunschweig eine Räterepublik (S. 127 f.). Am 9. April 1919 waren wieder zehntausende Braunschweiger auf den Schlossplatz gekommen. Dort sprach August Merges zu ihnen und gab die Forderungen der Streikleitung bekannt, wie z. B. alle Macht den Arbeiterräten und Anschluss an die russische Räterepublik. Der Generalstreik wurde also bewusst als Druckmittel eingesetzt. Die erwünschte Wirkung verpuffte allerdings zu einem großen Teil: Ganz unerwartet für die Linke kam es zu einem Streik des Bürgertums, mit dabei waren u. a. Beamte, Ärzte, Lehrer, Apotheker und alle Eisenbahner. Ziel war die Beendigung des „Terrors“ der revolutionären Arbeiterschaft (S. 131 f.). Am 17. April 1919 rückte General Maercker auf Befehl der sozialdemokratischen Reichsregierung in Braunschweig ein und wurde von einem Teil der Bevölkerung mit Jubel begrüßt (S. 139). Das Bürgertum versammelte sich nun gleichfalls auf dem Schlossplatz und wählte eine eigene Streikleitung. Heinrich Jasper versuchte als wichtigster Akteur zwischen Reichsregierung, Maercker und den Streikenden zu vermitteln.

Hans-Ulrich Ludewig befasst sich in den beiden letzten Kapiteln (S. 154 bis 169) zum einen mit den Prot-

agonisten der Braunschweiger Revolution und zum anderen mit den Spezifika der hiesigen Revolutionsgeschichte.

Beginnen wir mit den Akteuren der Revolution, und zwar mit August Merges, Sepp Oerter und Heinrich Jasper. Ihre Biographien sind sehr unterschiedlich, so steht der Sozialdemokrat und Jurist Jasper für die parlamentarische Demokratie, demgemäß gehörte er der Nationalversammlung an. 1919/1920, 1922 bis 1924 und von 1927 bis 1930 war er Ministerpräsident und zugleich Finanzminister. Jasper wurde von den Nationalsozialisten verfolgt, misshandelt und im KZ Bergen-Belsen ermordet.

August Merges, ein gelernter Schneider, war zunächst in Holzminden parteipolitisch und gewerkschaftlich tätig. 1911 zog er nach Braunschweig und schloss sich der radikalen Sozialdemokratie an. Im Ersten Weltkrieg bildete er den „Braunschweiger Revolutionsklub“, der eine gesellschaftliche Umwälzung zum Ziel hatte. Viele der Streiks während des Ersten Weltkrieges wurden von August Merges initiiert. Während der Novemberrevolution 1918 übernahm er ebenfalls eine Schlüsselrolle. Schließlich führte er die Delegation an, welche die Abdankung des Herzogs Ernst August zivilisierte und gewaltfrei, ja geradezu professionell bewirkte. Am 10. November erhielt er das Amt eines Präsidenten der „Sozialistischen Republik Braunschweig“. 1919 vertrat Merges radikalere Positionen als Sepp Oerter (USPD) und wurde u. a. Mitglied der KPD. In der NS-Zeit leistete August Merges Widerstand. Aufgrund mehrfacher Inhaftierungen und Misshandlungen verstarb er im März 1945.

Josef (Sepp) Oerter war Buchbinder

und Politiker. Er engagierte sich zunächst in der SPD, die er aus Unzufriedenheit wieder verließ. Als nächstes betätigte er sich als Anarchist. Nach einem längeren Gefängnisaufenthalt wandte er sich wiederum dem Anarchismus zu. 1910 wurde er SPD-Mitglied. Nach verschiedenen Tätigkeiten als Redakteur kam Oerter zu Beginn der Novemberrevolution nach Braunschweig zurück. Er entwickelte sich zur dominierenden Persönlichkeit der USPD. Von 1920 bis 1921 war er Ministerpräsident. Korruptionsvorwürfe zwangen ihn 1921 zum Rücktritt. 1922 folgte der Ausschluss aus der USPD. 1924 wurde er NSDAP-Mitglied. Von 1925 bis zu seinem Tod 1928 war Sepp Oerter nicht mehr parteipolitisch aktiv.

August Merges, Sepp Oerter und Heinrich Jasper haben trotz unterschiedlicher Lebensläufe allerlei gemeinsam: So beeinflussten sie jeweils auf ihre Weise die Politik im Freistaat Braunschweig entscheidend mit. Dafür zahlten sie zum Teil einen hohen Preis: Merges und Jasper kostete ihr Engagement schlussendlich das Leben, und Oerters Biographie würden die meisten Menschen heutzutage sicherlich nicht als erstrebenswert einstufen. Alle drei waren letztlich Akteure und Opfer zugleich inmitten einer zerrissenen Gesellschaft.

Worin bestehen die Besonderheiten der Braunschweiger Revolution? Als erstes fällt die harte Konfrontation zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft auf (S. 167). Eine Ursache dafür war vermutlich, dass kein anderes Land im Reich so lange von der SPD regiert wurde. Ein weiterer Grund bestand darin, dass es im Freistaat an möglichen Vermittlern wie der DDP oder dem Zentrum fehlte. Auch sonst grenzten sich Bürgertum und Arbeiter-

schaft kulturell und sozial voneinander ab.

Der eigentliche Profiteur dieser Uneinigkeit sollte dann die NSDAP sein. Frei nach dem Motto „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte“: Die NSDAP avancierte ab 1930 zur Regierungspartei und konnte ihre politischen Gegner nunmehr noch gezielter bekämpfen. Sehr schnell wurde der Schlossplatz für nationalsozialistische Massenveranstaltungen genutzt, so zogen am 18. Oktober 1931 100.000 SA-Männer durch Braunschweig bis zum Schlossplatz, wo sie Hitler unter dem Denkmal des „Schwarzen Herzogs“ erwartete. In den folgen-

den Jahren diente der Schlossplatz weiterhin als Ort für Massenkundgebungen und Bücherverbrennungen. Die SS-Junkerschule bezog 1935 das Schloss. Im vorletzten Kriegsjahr wurde es schwer beschädigt. 1959 entschied sich die sozialdemokratische Ratsmehrheit gegen den Willen der bürgerlichen Parteien für den Abriss der Schlossruine - die alte Blocksituation erfuhr hiermit eine Wiederbelebung.

Alles in allem illustriert die Geschichte Braunschweigs in der Weimarer Republik zum einen drastisch, wie negativ sich ein fehlender gesellschaftlicher Minimalkonsens auswirken kann. Zum

anderen wird deutlich, dass es wichtig ist, die gesellschaftlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und ihnen die gebührende Wertschätzung entgegenzubringen.

Das ausführliche Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 170-175) lädt zu vertiefenden Recherchen und Einsichten ein.

Claudia Bei der Wieden

Hans-Ulrich Ludwig: 160 Tage weht die rote Fahne. Die Revolution in Braunschweig 1918/19. Braunschweig: E. Appelhans Verlag GmbH Co. 2020, 176 S., zahlr. Abb., 18.00 €

"Mörderischer Strafvollzug ohne Mörder?"

Dr. Helmut Kramer, Richter am Oberlandesgericht i.R., langjähriger Streiter für eine kritische Justizgeschichte und Mitglied des Arbeitskreis Andere Geschichte, hat zu meinem Artikel „Wolfenbüttel als Ort eines mörderischen Strafvollzuges – eine Katalogvorstellung“ im Rundbrief 1/2020 eine umfangreiche Stellungnahme zugesandt, die wir im Folgenden in Auszügen wiedergeben.

„Um es gleich zu sagen: In dem Wolfenbütteler Strafgefängnis ist in der NS-Zeit nicht gemordet worden. Zwar sind in den Jahren 1942/43 in Wolfenbüttel 62 „Nacht- und Nebel“-Gefangene umgebracht worden. Der Mörder, der Schreibtischtäter und Organisator der „Nacht- und Nebel“-Aktion, Werner Hülle, war niemals in Wolfenbüttel tätig, sondern saß in der Befehlszentrale der Wehrmachtsgestapo mit Amtssitz in Berlin. Aber gerade der Mord an den 62 „Nacht-

und Nebel“-Gefangenen und der Name Werner Hülle, in der Zeit nach 1945 Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg (!), kommen in der neuen Ausstellung und in dem Ausstellungskatalog nicht vor!“ [...]

„In unkritischer Anknüpfung an den Katalog der neuen Ausstellung der Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel wird behauptet, die politische und rechtliche Umbruchsituation von 1933 ‚gerade in Wolfenbüttel‘ sei einschneidend gewesen (Katalog Seite 255). Tatsächlich hat sich damals weder rechtlich noch in der Vollzugswirklichkeit etwas geändert. Jean-Luc Bellanger, der prominenteste Häftling dieser Jahre, sagt in seinem Buch ‚Feindbegünstigung‘ auf Seite 127: ‚Als Haftanstalt eines gemäßigten Strafvollzugs hatte das Gefängnis von Wolfenbüttel nichts mit einem Konzentrationslager zu tun und war auch kaum mit einem Zuchthaus zu vergleichen. (...) Ich bin weit davon entfernt, behaupten zu wollen, dass man in Wolfenbüttel

nicht starb, aber grundsätzlich war das Ziel hier nicht die systematische Vernichtung.‘ Zu demselben Ergebnis war der Wolfenbütteler Gymnasiallehrer und mehrjährige Mitarbeiter der Wolfenbütteler Gedenkstätte, Arnulf Heinemann, in einem Schreiben an den Kultusminister Tonne im August 2018 gekommen. Darin hatte er davor gewarnt, die Meinung des Vorsitzenden der Internationalen Expertenkommission für die Gedenkstätte, Thomas Henne, zur Grundlage der neuen Ausstellung zu machen. Arnulf Heinemann schrieb: ‚Wenn damals jemand hinter Gittern saß, war das Gefängnis der vergleichsweise sicherste Ort.‘ Die Sicherheit endete nur und erst dann, wenn die Gestapo unter Verletzung der für den Strafvollzug weiter geltenden gesetzlichen Regelungen einen Gefangenen aus dem Gefängnis herausholte und in ein Konzentrationslager verschleppte.“

Helmut Kramer bezieht sich auf Ernst Fraenkels Buch „Der Doppel-

staat“, das er „zum unverzichtbaren Rüstzeug jedes Historikers“ zählt. Fraenkel unterscheidet in diesem Werk zwischen dem Normenstaat und dem Maßnahmenstaat. Kramer sieht den Strafvollzug als Teil des Normenstaats. Er schreibt:

„Warum der Bereich des Normenstaats weiterhin weitgehend von Willkürmaßnahmen frei blieb, lässt sich am Beispiel der Gefängnisse, auch des Strafgefängnisses Wolfenbüttel, leicht erklären. Was in den Gefängnissen geschah, war dem Einblick der Bürger zugänglich. Die meisten zu Gefängnis Verurteilten kamen eines Tages wieder frei und erzählten von ihren Erfahrungen (ein Schweigegebot, wie bei entlassenen KZ-Häftlingen, war ihnen nicht auferlegt). Hätten sie von schwerwiegenden Misshandlungen, gar von der Ermordung Mitgefangener erzählt, hätte das zu einer den Machthabern unerwünschten Beunruhigung der Bevölkerung geführt.“

Was aber in den Konzentrationslagern passierte – und die Drohung mit der Einweisung in ein KZ durch die Gestapo war im Maßnahmenstaat das wichtigste Machtinstrument der Nationalsozialisten – blieb hinter dem Stacheldraht der Konzentrationslager verborgen.“ [...]

„Zurück zu der Behauptung, im Strafgefängnis Wolfenbüttel seien „Morde“ begangen worden. Die wirklichen Morde wurden nicht mit der Guillotine in Wolfenbüttel, nicht von dem von Frank Ehrhardt wegen des Aufmerksamkeitseffekts besonders herausgestellten Henker und nicht von absolut befehlsabhängigen Vollzugsbediensteten begangen, sondern an dem Schreibtisch eines Werner Hülle und in den anderen Befehlszentralen des NS-Regimes.“

Kramer sieht die Verantwortung für die von ihm benannten Mängel von Katalog und Ausstellung bei der Leitung und den Mitarbeitern der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, die nicht genügend Expertise besäßen. Er kommt zu dem Ergebnis:

„Die Umwandlung der Gedenkstätte zur nationalsozialistischen Justiz in eine KZ-Gedenkstätte

Nach der gesamten Gründungsgeschichte der Wolfenbütteler Gedenkstätte einschließlich der großen Tagung in Wolfenbüttel vom 13. bis 15. Oktober 1992 mit 28 Experten und Expertinnen aus allen Bereichen der Bundesrepublik ist die Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel eindeutig eine Gedenkstätte zu dem Spezialbereich nationalsozialistische Justiz. Schließlich war die Justiz eine der tragenden Säulen der NS-Herrschaft, wie die Justiz schon immer eine wichtige Stütze von autoritären Herrschaftssystemen war und ist.

Wie lassen sich all diese Ungeheimheiten erklären: Hinter dem Verzicht auf einen Experten zur NS-Justiz steht offensichtlich die Entscheidung des Kultusministers in Abstimmung mit einigen SPD-Landtagsabgeordneten, die Gedenkstätte zur NS-Justiz in Wolfenbüttel zu einer Allzweck-Gedenkstätte, also einer Art KZ-Gedenkstätte umzuwandeln. Auf diese Weise wollte man sich der lästigen und auch geistig anstrengenden Aufarbeitung der NS-Justiz entziehen. [...]

Was nach der Herausnahme der juristischen Schreibtischtäter zurückblieb, war nur ein leeres Gehäuse. Das hat man mit der neuen Ausstellung und dem Versuch gefüllt, das Strafgefängnis Wolfenbüttel als

Ort von Verbrechen, als ‚Mordplatz‘ darzustellen – ein Versuch, der mangels dokumentarischen Materials absolut misslungen ist.“

Eine ausführliche Kritik an der Ausstellung findet man auf der Homepage von Helmut Kramer (www.justizgeschichte-aktuell.de).

Frank Ehrhardt

Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Andere Geschichte e.V., Schloßstr. 8, 38100 Braunschweig
Tel: 0531 18957 Email: andere_geschichte_braunschweig@t-online.de
V.i.S.d.P.: Martina Staats **Redaktion:** Frank Ehrhardt

Mitarbeiter*innen des Rundbriefs:

Claudia Bei der Wieden, Regina Blume, Sophie Hamann (Foto), Gerald Hartwig, Christa Henke (Foto), Beate Hornack, Klaus Kohn (Foto), Dr. Gustav Partington, Isolde Saalman, Jannik Sachweh, Lars Skrowonski, Dr. Jonathan Voges

Druck: BS-Print DigitalRepro GmbH, Wilhelmstraße 28, 38100 Braunschweig

Bankverbindung und Spendenkonto des Arbeitskreises: Postbank Hannover IBAN DE 1525 0100 3003 7120 3307, BIC PBNKDEFF

Neue Ausstellung

Polizeigewalt und Zwangsarbeit in Osnabrück

Es gab etwa 280 „Arbeitserziehungslager“ im Herrschaftsbereich des Dritten Reichs. Das „Lager 21“ bei (Salzgitter-)Hallendorf war eines der ersten. Etwa eine halbe Million Menschen, zumeist ausländische Zwangsarbeiter*innen, durchliefen diese Einrichtungen, die in der Regie der örtlichen Gestapo-Behörden standen. Sie waren ein zentrales Element der Gewalt Herrschaft, um den Arbeitszwang über die in das Reich verschleppten Menschen durch Strafmaßnahmen durchzusetzen. In Niedersachsen erinnern zwei Gedenkstätten an die heute wenig bekannten Lager. In einer, der Gedenkstätte „Augustaschacht“ bei Osnabrück, ist nun eine neue Dauerausstellung eröffnet worden, die den Alltag des Arbeitserziehungslagers „Ohrbeck“ veranschaulicht. Sie wird durch eine Präsentation in der Gedenkstätte „Gestapokeller“ im Zentrum der Stadt ergänzt.

Gestapo und Zwangsarbeit

In einem Flügel des Osnabrücker Schlosses, einer umgebauten Reithalle, befand sich ab 1938 das Hauptquartier der örtlichen Gestapo, die für einen bis ins Emsland reichenden Bereich zuständig war. Im Keller waren die Hafträume, von denen drei in der Gedenkstätte zugänglich sind. Während eine Zelle weitgehend in ihrem ursprünglichen Charakter belassen ist, sind in den anderen Räumen neue Informationsmöbel aufgestellt, die jeweils einführende Erläuterungen und eine Medieneinheit enthalten. Ausgehend von einem Gruppenbild der Gestapo-Mitarbeiter lassen sich über einen Touchscreen biografische Informationen einzelner Abgebildeter aufrufen. So erfährt man, dass nur eine Minderheit der Gestapo-Beamten ausgebildete Polizisten waren - die Mehrheit „Quereinsteiger“ aus Partei und SS.

Eine zentrale Quelle für die Darstellung ist die in Osnabrück erhaltene Kartei über beobachtete oder verfolgte Menschen, die fast 50.000 Vorgänge erfasste. Über einen Bildschirm sind die Karteikarten in einer „kuratierten“ Fassung zugänglich. Es gibt ergänzende Informationen zu den einzelnen Angaben und Sachverhalten dieser Karteikarten. So lernt der Betrachtende die Kartei zu lesen. Eine statistische Auswertung verdeutlicht, mit welcher Aufgabe die Gestapo in den Kriegsjahren wie mit keiner anderen befasst war: der Überwachung und Bestrafung der ausländischen Zwangsarbeiter*innen, die sich oft durch Flucht oder Verweigerung ihrem Los zu entziehen suchten.

Das Arbeitserziehungslager

Der Ort der Polizeigewalt gegen die Inhaftierten lag einige Kilometer südlich vor Osnabrück auf dem Gelände des Augustaschachts. Das Arbeitserziehungslager wurde hier 1944 eingerichtet. Die Anlage dominiert das fünfgeschossige Schachtgebäude. In einer großen Halle gab es ursprünglich eine durch eine große Dampfmaschine betriebene Pumpe, die der Entwässerung eines Bergwerks diente. Diese Anlagen waren modernisiert worden, so dass in den 1920er Jahren Teile des Gebäudes umgebaut wurden. Ab 1940 wurden hier französische Kriegsgefangene untergebracht, dann Zwangsarbeiter aus Osteuropa. Das Gebäude lag nicht abgeschieden: Wohnhäuser waren in der Nachbarschaft und weitere Lagerareale, die ebenfalls mit den Klöckner Stahlwerken in Georgsmarienhütte in Verbindung standen.



Neue Ausstellungsmöbel vor den Haftzellen im Gestapokeller informieren über die Täter (Christa Henke, Gedenkstätten Osnabrück)

Eine Werksbahn fuhr und fährt auch heute noch unmittelbar am Schachtgebäude vorbei.

Ein Parcours von Informationseinheiten führt über das Gelände und durch das Haus. So erfahren die Besuchenden, von welchen Arbeits-einsatzorten die eingewiesenen Männer ursprünglich kamen. Und in welche Arbeitsstätten sie vom Lager aus gebracht wurden. Wo der Appellplatz war und wo die Unterkunftsräume. Man sieht die ausgetretene Lagertreppe, an der die Wachmannschaften besonders willkürlich ihre Knüppel gebrauchten. Und wo die Latrine war, in der sich ein Gefangener versteckt hatte. Der Lagerführer ahndete diesen „Fluchtversuch“ mit der Erschießung. Und die Besuchenden erfahren, wie die hierher Verschleppten reagierten, an einem Ort, an dem sie die anderen Gefangenen aus vielen Nationen nicht kannten und gegenseitige Unterstützung schwer möglich war, bei ständiger Erschöpfung, Hunger und fehlender Hygiene.

Neben den schwarz-grau-gelb gehaltenen Informationsmöbeln, die die knappen Informationstexte auf Deutsch, Englisch und - wegen der zahlreichen von dort stammenden Zwangsarbeitern - auch auf Niederländisch bereithalten, gibt es eine weitere Informationsebene über Tablets, die die Besucher*innen erhalten. Diese liefern je nach betretener Räumlichkeit gezeichnete Ansichten, die helfen, die Einrichtung in dem leerstehenden Gebäude zu rekonstruieren und zu denen - so vorhanden - Abbildungen, Zeitzeugenberichte und weitere vertiefende Informationen hinzukommen. Daher gelingt es trotz der schwierigen Orientierung in dem durch Nachnutzungen veränderten Industriebau einen Eindruck von



Das Gebäude des Augustaschachts wurde ab 1944 als Arbeitserziehungslager der Gestapo Osnabrück genutzt. Heute ist es Ausstellungshaus der Gedenkstätte (Foto Christa Henke, Gedenkstätten Osnabrück).

der Dimension und dem Charakter des Lagers zu gewinnen.

Frank Ehrhardt

www.gedenkstaetten-augustaschacht-osnabrueck.de

Nach jahrelangem Leerstand übernahm 2002 eine bürgerschaftliche Initiative das Gebäude des Augustaschachts, 2008 konnte die Gedenkstätte für die Besucher regelmäßig geöffnet werden. U.a. häufige Workcamps mit internationaler Beteiligung halfen bei der Untersuchung der Areale um das Gebäude. So gibt es aufgefundene Relikte des Lageralltags, die heute eine Anschauung vermitteln können. Nun ist eine zurückhaltende, zeitgemäße Präsentation für die Besucher*innen installiert, die je nach individuellen Interessen über die Medien erheblich vertieft werden kann. Dem Gedenkstätten-Verein bleibt als Träger nach diesem gewaltigen Modernisierungsschritt mit der denkmalpflegerischen Konservierung und dem Erhalt des Gebäudes eine nächste große Herausforderung.

Bitte ausschneiden und
abgeben oder übersenden

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied im
Arbeitskreis Andere
Geschichte e.V. werden.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag von
(zutreffendes ankreuzen)

- ☐ 50,- Euro (Grundbetrag)
- ☐ 60,- Euro (oder ein
höherer Förderbetrag von
insgesamt
.....,- Euro)
- ☐ 15,- Euro (ermäßigt)
- ☐ wird von mir überwiesen
auf das Konto des
Arbeitskreises bei der
Postbank Hannover

IBAN:

DE 1525 0100 3003 71203307

BIC: PBNKDEFF

- ☐ soll von meinem Konto
abgebucht werden. Ich
erhalte ein entsprechen-
des Formular.

(Datum)

(Unterschrift)

Name, Vorname:

Anschrift:

E-Mail:

Herbstfahrt 2021 Gotha und Thüringer Wald

Unsere Herbstfahrt 2020 nach Unkel konnte bedingt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Auch wenn die Entwicklung der Pandemie ein Unsicherheitsfaktor bleibt, planen wir bereits für das kommende Jahr: Das Ziel der nächsten Studienfahrt 2021 heißt Gotha. Als Zeitpunkt ist das erste Wochenende (3.-5.9.) im September 2021 vorgesehen.

Die Programmplanung nach dem bisherigen Stand:

Freitag, den 3. September

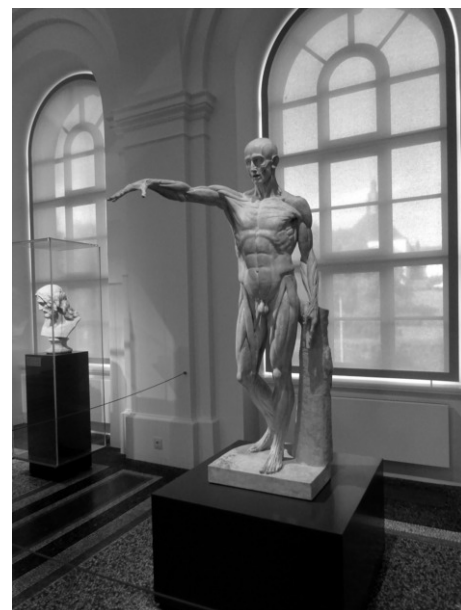
Ein Tag in der Residenzstadt Gotha: Schwerpunkte sind das Perthes-Forum (historische Landkarten und Atlanten), eine Stadtführung, das barocke Ekhof-Theater im Schloss Friedenstein, das Herzogliche Museum (Gemälde- und Skulpturensammlung) und der Herzogliche Park mit der Orangerie.

Sonnabend, den 4. September

Ein Tag im Thüringer Wald: Vorgehen sind Waltershausen (Geschichte der Thüringer Puppenindustrie, Heim- und Fabrikarbeit), Bad Tabarz (Schauwerkstatt Mahlschatz für Thüringer Schmuck), Inselfberg (begehbare Fernsehturm mit Geo-Park- und Wintersportmuseum), Bad Tabarz (Marienglashöhle: eine der schönsten und größten Gipskristallgrotten Europas).

Sonntag, den 5. September

Ein Tag in der Zeitgeschichte: Weimar (einziges NS-Gauforum), Erfurt (Gedenkstätte Topf & Söhne: Hersteller der Verbrennungsöfen für die Vernichtungslager) und zum Abschluss Sangerhausen (Rosarium, weltgrößte Rosenschau).



Das Herzogliche Museum Gotha besitzt u. a. die größte Sammlung von Skulpturen des Bildhauers Houdon außerhalb von Paris. (Foto: Regina Blume)

Anmeldungen verbunden mit einer Anzahlung von 50,00 € pro Person auf das Konto des Arbeitskreises sind wie immer erst ab Januar 2021 möglich. Die Preise werden sich leider erhöhen, weil die Veranstalter wegen der Corona-Pandemie jetzt schon die Preise heraufsetzen. Die Buga 2021 in Erfurt treibt ebenfalls die Preise für Hotels in die Höhe.

Die Teilnehmerzahl ist auf maximal 40 Personen begrenzt (14 Doppelzimmer, 12 Einzelzimmer, einschließlich Markus Kirchner).

Regina Blume und Reinhard Bein freuen sich auf zahlreiche Mitfahrer*innen.